

OCTOBER 11, 2014 - #O11DoA
EUROPEAN DAY OF ACTION



TTIP - CETA - TiSA

TiSA: Trade in Services Agreement

Das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA wird breit diskutiert. Doch die Verhandlungen zwischen 21 Ländern plus EU und USA für das **Dienstleistungsabkommen TISA** finden weitgehend hinter verschlossenen Türen statt. Was kommt auf die Verbraucher zu?

Die Vereinbarungen dienen dem Ziel, Handelshemmnisse im Dienstleistungssektor zu beseitigen – begleitet von bereits vom Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA) und vom Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) bekannten und massiv kritisierten **Geheimhaltungsvereinbarungen**.

Ein taz-Journalist charakterisiert die Verhandlungs-Ziele wie folgt: „Öffentliche Dienstleistungen zur Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung, bei der Bildung, im Finanzsektor sowie in allen anderen Bereichen sollen über das bereits in den letzten 20 Jahren erreichte Ausmaß **dereguliert** und internationaler Konkurrenz ausgesetzt werden.“

Darüber hinaus sieht die Vereinbarung die Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Dienstleister vor. Diese sollen berechtigt sein, ausländische Leiharbeiter beliebig für temporäre Einsätze in die einzelnen Unterzeichnerstaaten zu entsenden. Inwieweit hierbei die arbeitsrechtlichen Standards der Einsatzländer, insbesondere auch die tariflichen Gehälter, gewahrt bleiben müssen, ist fraglich.

Der Entwurfstext betont, dass jederzeit weitere Punkte einfließen werden. Nach Vertragsunterzeichnung können neue Marktchancen für Unternehmen eingerichtet werden – unter Umgehung einer demokratischen Einflussnahme der Bevölkerung.

Die Dienstleistungsgewerkschaft **Public Services International** warnt vor TiSA und sieht ein grundsätzliches Konfliktpotenzial zwischen öffentlichen Diensten und Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Öffentliche Dienste sollen eine grundlegende soziale Daseinsvorsorge leisten, die bezahlbar, universell verfügbar und nicht gewinnorientiert ist. Öffentliche Dienste werden im Allgemeinen von einem Regelwerk begleitet, das ihre Kommerzialisierung bewusst einschränkt und dafür sorgt, grundlegende Dienstleistungen nicht als reine Handelsware anzusehen. Handelsabkommen dagegen fördern gezielt die Kommerzialisierung.[10]

EU und Regierungen wiegeln ab:

„Öffentliche Daseinsvorsorge und Audiovisuelle Dienste sind für die EU ausgenommen“.

ENTWARNUNG ALSO?

Mitnichten, sagt der Völkerrechtsexperte Professor Markus Krajewski: "Alles das, was wir als Daseinsvorsorge bezeichnen, ist zunächst einmal grundsätzlich Teil des Abkommens. Und dann gibt es bestimmte Mechanismen, da wird gesagt, diese und jene Bereiche sollen nicht Teil der Liberalisierungsverpflichtungen sein, aber da ist eben unklar, was damit eigentlich gemeint ist." Sicher ausgenommen seien, sagt Krajewski, wie schon beim bestehenden GATS-Abkommen, nur öffentliche Dienste, „die weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistern erbracht werden“.
Das trifft heute aber nur noch auf wenige hoheitliche Aufgaben zu, etwa die Polizei und den Strafvollzug.

Privatisierung nicht mehr umkehrbar

Das Berliner Wasser ist inzwischen wieder komplett in öffentlicher Hand. Die Bürgerinitiative war erfolgreich. 98 Prozent der Berliner Bevölkerung stimmten in einem Volksentscheid für die Offenlegung der Verträge zur Teilprivatisierung. Ein entscheidender Schritt. Mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses wurde der Rückkauf vollzogen. Damit habe der Berliner Senat den Wunsch des Volksentscheids umgesetzt, so der Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum.

Aber solche Aktionen könnten künftig nicht mehr möglich sein. Gegenstand der Verhandlung beim TiSA sind nämlich auch **Stillhalte- und Sperrklauseln** und diese bedeuten, dass eine einmal durchgeführte Liberalisierung oder Privatisierung nicht mehr rückgängig gemacht werden darf. Bei diesen Liberalisierungsabkommen geht es immer weiter nach vorne, aber ein Zurück ist typischerweise nicht vorgesehen, so der Völkerrechtsexperte Professor Markus Krajewski.

Diese Regeln gelten für alle Dienstleistungen – wenn die EU sie nicht explizit im Abkommen ausschließt. Eine solche „Negativliste“ berge enorme Risiken für die Zukunft der Daseinsvorsorge, mahnt Sven Giegold. Alles was nicht auf dieser Liste geschützt werde, sei per se erst mal liberalisiert und privatisiert. Dabei erfänden wir ständig neue Dinge, zum Beispiel Internet oder Mobilfunk. Alles Dinge, die auch als Recht für alle geöffnet werden können. Das wäre künftig aber nicht mehr möglich, weil jeder neue Sektor grundsätzlich dem freien Wettbewerb ausgesetzt werden müsse. Dies sei die Hauptgefahr bei TiSA.

Die Befürworter von TiSA und anderen Freihandelsabkommen versprechen dagegen gebetsmühlenartig mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze. Aber weder der Bundesverband der Arbeitgeber noch der Industrie wollen mit uns über TiSA reden.



Hebelt TiSA Arbeitsstandards aus?

Die Gewerkschaften fürchten, dass TiSA zu einer weiteren Privatisierung in den hochprofitablen Bereichen der öffentlichen Dienstleistungen - zu einer Rosinenpickerei - und zu einem weiter steigenden Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen führen wird. TiSA berge die Gefahr, dass große Unternehmen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ein anderes Land entsenden und dort dann zu den heimischen Arbeitsbedingungen beschäftigen würden, warnt Tanja Buzek von **ver.di**.

Dazu der Bericht von Christoph Jehle, Telepolis: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42291/1.html>

Dadurch würden die Löhne für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Arbeitsbedingungen und die Tarifverträge massiv unter Druck geraten. Aber warum wird überhaupt verhandelt. Wem nutzt das Dienstleistungsabkommen? Und wer sind die Verlierer?

Professor Markus Krajewski vermutet, dass vor allem große Unternehmen aus der Finanz- und Dienstleistungsbranche und dem Bereich der Telekommunikation auf beiden Seiten des Atlantiks zu den Gewinnern gehören werden. Kleine und mittelständische Unternehmen seien typischerweise gar nicht in der Lage, einen globalen Markt zu bedienen. Es könne auch gut sein, dass diese weitgehend vom Markt verdrängt werden.

Dazu ARD-Sendung „plusminus“:

<http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/sr/2014/23072014-tisa-100.html>

Die **Gegner des** Transatlantischen Freihandelsabkommens (**TTIP**) zwischen der EU und den USA müssen eine Niederlage einstecken. Die EU-Kommission hat einen Vorstoß des Aktionsbündnisses „**Stop TTIP**“ zurückgewiesen. Das wollte eine **Europäische Bürgerinitiative (EBI)** bilden, um so mehr Druck auf die Politiker ausüben zu können. Doch das Bündnis habe nicht die formalen Vorgaben erfüllt, um eine solche Initiative gründen zu können, sagte der Sprecher des scheidenden EU-Handelskommissars Karel De Gucht.

Stop TTIP hält die Ablehnung ihrer Registrierung als Europäische Bürgerinitiative für rechtlich unhaltbar. Das Bündnis prüfe nun, vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen, hieß es in der Mitteilung.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ttip-und-protest-eu-lehnt-buergerinitiative-von-ttip-gegnern-ab-a-991122.html>

„Die juristischen Argumente, mit denen die Kommission die Ablehnung unserer Bürgerinitiative begründet, sind unserer Auffassung nach falsch. Das werden wir vor dem Europäischen Gerichtshof vertreten“, erklärt Michael Efler, Mitglied des Bürgerausschusses der Initiative.

Anders als von der Kommission behauptet, könne diese sich auch auf das Verhandlungsmandat zu TTIP und CETA beziehen. „Wir werden vor dem Europäischen Gerichtshof dafür streiten, dass internationale Handelsabkommen in Zukunft nicht mehr im Geheimen und ohne jede Interventionsmöglichkeit verhandelt werden. Es darf nicht sein, dass das Europäische Parlament und die Öffentlichkeit nach Geheimverhandlungen, auf die wir Bürger keinerlei Einfluss haben, vor vollendete Tatsachen gestellt werden“, so Efler weiter.

<http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2014/09/19/europaeisches-buendnis-gegen-ttip-und-ceta-zieht-vor-den-europaeischen-gerichtshof.html>

Wo liegt das Problem?

<http://stop-ttip.org/de/wo-liegt-das-problem/>

Schöne neue Arbeitswelt

Durch TTIP werden ArbeitnehmerInnen-Rechte gefährdet, da sie ein „**Wettbewerbsnachteil**“ sein können. Das zuvor angesprochene Schiedsgericht könnte sie aufheben. Zudem zeigt sich, dass nach vergleichbaren Abkommen (z. B. NAFTA) viele Arbeitsplätze verloren gingen und das Argument der Arbeitsplatzsicherung somit hinfällig ist.



Die Forderungen der EBI:

- Sofortige Transparenz: Die Verhandlungstexte der EU-Kommission und alle anderen Verhandlungsdokumente müssen veröffentlicht werden.
- Keine Deregulierung von Standards, die das öffentliche Interesse wahren und ihm dienen: Sozial- und Arbeitsstandards, VerbraucherInnen-, Gesundheits- und Umweltschutz müssen gestärkt werden.
- Kein Investor-State Dispute Settlement: Alle Bestimmungen, die Konzernen Sonderklagerechte gegenüber Staaten einräumen, müssen dauerhaft aus den Verhandlungen gestrichen werden.
- Es darf kein anderer Mechanismus eingeführt werden, der InvestorInnen Sonderrechte einräumt
- Kein Deregulierungsrat: Die Regulierung von Geschäftstätigkeiten, Handelsbedingungen und Festlegung von Produkt- und Produktionsstandards müssen in der Hand von demokratisch gewählten Institutionen liegen und auf Grund demokratischer Prozesse erfolgen.

GdG-KMSfB-Meidlinger: EU-Kommission muss Initiative zulassen

„Die Ablehnung der europäischen BürgerInnen-Initiative „Stop TTIP“ durch die Europäische Kommission ist schlichtweg unakzeptabel“, sagt Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB), und hinterfragt das Demokratieverständnis der EU-Kommission. „Die Entscheidung muss umgehend korrigiert werden.“

Thomas Kattinig, Internationaler Sekretär der GdG-KMSfB, präzisiert: „Die alte Kommission war nicht sonderlich daran interessiert, das Freihandelsabkommen TTIP öffentlich zu verhandeln. Die neue Kommission unter Jean-Claude Juncker sollte diese Hypothek nicht übernehmen. Das ist ihre erste Nagelprobe.“ Die Kommission fühlte sich bislang nicht zuständig. „Juncker muss die Bürgerinitiative zulassen.“

http://www.oegb.at/cms/S06/S06_0.a/1342551801469/home/ablehnung-der-ttip/ceta-buergerinitiative-demokratiefeindlich

Für den 11. Oktober ruft das internationale Bündnis gegen TTIP zu einem europaweiten, dezentralen, breiten Aktionstag auf. Wir fordern eine grundlegende Wende in der Handelspolitik! Statt Profitinteressen von Konzernen müssen Menschenrechte, Demokratie und Umwelt an die erste Stelle gesetzt werden. Dafür gehen wir am Aktionstag überall gemeinsam auf die Straße!

Am 11. September hat die EU-Kommission die geplante Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA abgelehnt. **Das lassen wir uns nicht gefallen.** "Jetzt geht die Auseinandersetzung erst richtig los", erklärt Michael Efler, Kontaktperson der Europäischen Bürgerinitiative, für das mittlerweile knapp 230 Organisationen aus 21 EU-Ländern umfassende Bündnis.

"Die Ablehnung der Bürgerinitiative reiht sich ein in die Strategie der EU-Kommission, Bevölkerung und Parlamente aus den Verhandlungen um CETA und TTIP herauszuhalten. Statt Bürgerinnen und Bürgern werden hier lieber Lobbyisten gehört."

Film: <http://www.attac.de/ttip>

Mitglieder: <http://www.attac.at/ueber-attac/unterstuetzerinnen/mitgliedsorganisationen.html>

UnterstützerInnen: <http://www.attac.at/ueber-attac/unterstuetzerinnen/prominente-unterstuetzerinnen.html>





TiSA: Trade in Services Agreement

The most shadowy of all the trade deals being negotiated around the world, TISA could prevent essential services such as healthcare ever returning to public ownership, reports Clare Speak. It's the multinationals that stand to benefit – not the public !!!

PSI-Report on „Secret Operation“: http://www.world-psi.org/sites/default/files/attachment/news/thebigissueinthenorth_july2014.pdf

The negotiations:

No longer about traditional trade issues, the new wave of agreements deepens corporate power by limiting the role of democratic governments to regulate in the public interest and opens up government services to private profit. These agreements include the Canada-EU Agreement (CETA), the Trans-Pacific Partnership (TPP), the Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), and the Trade in Services Agreement (TISA).

Highly secretive talks began in 2012 to establish a new trade agreement, the Trade in Services Agreement (TISA). The group of countries negotiating TISA have given themselves an insider joke for a name: the 'Really Good Friends of Services', to signal how truly committed they are to promoting the interests of services corporations. But there is nothing funny about the sweeping, permanent restrictions on public services and regulation that could be the impact of their work. Eliminating government's role in the delivery of services, getting rid of regulations, and allowing transnational corporations free rein sounds like the platform of a libertarian political party, a radical agenda that should be debated in public and that voters should have a say over at the ballot box. Instead, the Really Good Friends of Services have imposed unprecedented levels of secrecy on their negotiations, suppressing the public's ability to discuss the serious issues at stake. The

positions TISA governments take at the bargaining table - how much they push privatisation and deregulation, whether they make concessions in sensitive areas like health, education, culture, water supply, and banking regulation - will not be made public until five years after the agreement comes into force.

This extreme secrecy seems designed so that trade officials can negotiate without regard to domestic concerns and to relieve politicians of any accountability for their role in creating TISA. Why are transnational corporations confident they can get their agenda of deregulation and privatisation through TISA? This report focuses on how TISA could be used to accomplish their deregulatory agenda, and is meant to complement the study 'TISA versus Public Services' that examines how TISA would foster privatisation.

The objective of this report is to help overcome the secrecy and complexity surrounding the TISA negotiations in order to bring the agreement into the public sphere for democratic debate.

